

Versucht Pirnas OB, Schüler und Lehrer einzuschüchtern?

In einer langen Mitteilung agitiert Tim Lochner (für die AfD) gegen politische Auseinandersetzungen an Schulen. Kultusministerium und andere reagieren entrüstet.



Aktion an Pirnas Schiller-Gymnasium: "Eine klare, prodemokratische Haltung sollte zum Wesenskern sächsischer Lehrkräfte und Schulleitungen gehören und werde auch immer wieder eingefordert." © Daniel Förster

Von Thomas Möckel

6 Min. Lesedauer

Mit einer Erklärung zur politischen Bildung an Schulen hat Pirnas Oberbürgermeister Tim Lochner (für die AfD) eine kontroverse Debatte ausgelöst. Das Rathaus hatte am 26. Juli ein als Pressemitteilung deklariertes Schreiben mit der Überschrift „Schulen sind Bildungsstätten! Politisch motivierte Auseinandersetzungen gefährden den Lernerfolg“ verschickt. Unterzeichnet war es von Interims-Büroleiter Timo Backofen. In der aktuellen Ausgabe Nummer 15 des Pirnaer Anzeigers ist die Erklärung abgedruckt, unterschrieben nun vom Rathauschef selbst.

Worauf Lochner Bezug nimmt, geht nicht eindeutig hervor, möglicherweise bezieht er sich auf einen Vorfall im Juni. Schiller-Gymnasiasten hatten damals gefordert, den OB vom Schulfest auszuladen - sehr zum Missfallen des Rathauschefs und der AfD.

In der Erklärung von Oberbürgermeister und Büroleiter heißt es nun: Aus Anlass zurückliegender Geschehnisse an Schulen in Pirna - Schüler sollen durch ein politisch-motiviert provokantes Auftreten gegenüber Mitschülern aufgefallen sein, diese möglicherweise dadurch auch in unschöner Weise bedrängt haben, alles jedoch zum Glück unterhalb der Grenze strafwürdigen Verhaltens - appelliere der OB eindringlich an alle am Schulbetrieb maßgeblich Beteiligten – Schüler, Lehrer und Eltern – den grundsätzlich richtigen und wünschenswerten Meinungs-austausch

über politische Themen einer mit dem pluralistischen Grundverständnis unserer Gesellschaft verträglichen Weise zu führen. Das bedeute, so die Mitteilung weiter, gegenüber Andersdenkenden dieselben Umgangsformen zu pflegen, die man für sich selbst gern hätte, und Anhänger konkurrierender politischer Richtungen nicht als Feinde zu betrachten.

"Psychologisch unterlegte Agitation" einschließlich "Methoden zur Einschüchterung oder gar Gewalt" hätten an Pirnas Schulen keinen Platz. Darüber hinaus empfiehlt Lochner, allen Schülern den Kern des Beutelsbacher Konsens als Grundlage pädagogischen Verhaltens an die Hand zu geben, damit diese selbst oder zusammen mit ihren Eltern den Unterricht sowie das Pausengeschehen an diesem Maßstab sachgerecht beurteilen können. Dieser Konsens umfasse ein striktes Indoktrinationsverbot, nach dem Lehrer ihren Schülern keine Meinungen aufzwingen dürften.

Nicht zum Lehrplan gehörende Unterrichtsinhalte trügen ihren Teil zur Polarisierung der Gesellschaft und infolgedessen auch der Schülerschaft bei und würden die Grundlagen der repräsentativ-demokratischen Ordnung untergraben. Im Wortlaut heißt es: „Den jungen Leuten politische Prägungen mitzugeben, gehört schlicht und ergreifend – Gottlob nicht mehr! – zum staatlichen Bildungsauftrag.“ Der OB hoffe und erwarte, dass entsprechende Vorkommnisse im Weg des Dialogs aufgearbeitet werden und zu einem von gegenseitigem Respekt geprägten Umgang zurückgekehrt werde.

Politischer Diskurs an Schulen ist Teil des Bildungsauftrags

Das sächsische Kultusministerium stellt nun klar, ein politischer Diskurs im Sinne von Streitkultur, Debatte und Kontroverse an Schulen sei nicht nur erwünscht, sondern Teil des schulgesetzlich geregelten Erziehungs- und Bildungsauftrages von Schule. Schule müsse ein Ort der Demokratiebildung sein und sollte daher auch den politischen Diskurs unter Schülern fördern. Laut des Ministeriums seien in den vergangenen Jahren die Lehrpläne aller Schularten überarbeitet worden, um unter anderem die politische Bildung in allen Fächern auszubauen. Diese überarbeiteten Lehrpläne bildeten seit 2019 die Grundlage des Unterrichts an sächsischen Schulen, darüber hinaus auch das Handlungskonzept „W wie Werte“.

Der Beutelsbacher Konsens von 1976, so das Ministerium, liefere die Grundsätze der politischen Bildung an Schulen. Diese sollen die selbstständige Urteilsfindung von Schülern fördern, einseitige Indoktrination verhindern und die Offenheit kontroverser Positionen fördern, niedergelegt in den drei Grundsätzen: Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Schülerorientierung. Der Konsens verbiete keineswegs die Kritik an politischen Meinungen, die gegen zentrale Werte der Verfassung verstoßen.

Der Konsens sei keinesfalls neutral, sondern im Sinne des Grundgesetzes wertgebunden: Er mahne dazu, demokratische Werte wie Pluralismus und Menschenrechte in den Mittelpunkt von Bildungsprozessen zu stellen. Antipluralistische, menschenfeindliche Positionen müssten und dürften deshalb nicht als gleichberechtigte Kontroversen behandelt werden. Im Übrigen bedeute eine „unparteiische“ Amtsausübung nicht, dass Lehrkräfte im Unterricht keine eigene politische Meinung vertreten dürfen. Eine klare, prodemokratische Haltung sollte zum Wesenskern sächsischer Lehrkräfte und Schulleitungen gehören und werde auch immer wieder eingefordert. Angesichts dessen seien der Schulaufsicht keinerlei Hinweise bekannt, die auf Fehlverhalten von Lehrern oder Schülern hindeuten. „Insofern verwahren wir uns mit aller Deutlichkeit gegen falsche Behauptungen und Unterstellungen dieser Art“, sagt Ministeriums-Sprecher Dirk Reelfs.

Ein Versuch, Schüler und Lehrer einzuschüchtern

Der Bundestagsabgeordnete Fabian Funke (SPD) empfindet es als bedenklich und befremdlich, dass sich Pirnas OB in dieser Form äußert. „Ich erlebe in Pirna viele junge Menschen, die sich politisch engagieren, ebenso engagierte Lehrer, die Jugendliche zu mündigen Bürgern entwickeln wollen“, sagt Funke. Lochner versuche nun, das zu verhindern und spreche den Schülern quasi das Recht ab, sich politisch zu bilden. „Ich sehe in der Erklärung einen Versuch, Schüler und Lehrer einzuschüchtern“, sagt der Abgeordnete. Er selbst werde Jugendliche weiter ermutigen, sich politisch zu bilden, Demokratie und Grundrechte müssten immer wieder verteidigt werden.

Nach Aussage des Bundestagsabgeordneten André Hahn (Die Linke), studierter Lehrer und lange bildungspolitischer Sprecher, sollen Lehrer natürlich keine Werbung für oder gegen eine bestimmte politische Partei machen. Bei vielen Sachfragen sei gleichwohl Haltung und eine klare Position erforderlich. Wenn man beispielsweise über Hintergründe und Ursachen der beiden Weltkriege oder den Holocaust spreche, müsse man als Lehrer die dafür politisch Verantwortlichen ebenso klar benennen wie in einer Debatte über die Unterscheidung zwischen Diktaturen und einem demokratischen System und bei allen Defiziten im Einzelnen deutlich die grundlegenden Vorteile einer Demokratie betonen.

"Lehrer benötigen keine Nachhilfe aus dem Rathaus"

Laut Bärbel Falke vom Pirnaer Stadtverband „Bündnis 90/Die Grünen“ liefere Lochner keine Belege für Unterrichtsinhalte, die nicht zum Lehrplan gehören oder politisch provokant auftretende Schüler. Auch ist sie der Ansicht, dass Lehrer nicht neutral sein dürfen, sondern durch Schulgesetz und Verfassung verpflichtet seien, für Menschenrechte und Demokratie einzustehen. Sie benötigten auch keine Nachhilfe aus dem Rathaus, zumal es dem Verwaltungschef nicht um Neutralität, sondern um Einflussnahme gehe. Das sei Amtsanmaßung. Die Verwaltung, so Falke, sei für die sächliche Ausstattung der Schulen zuständig, nicht für die fachliche und pädagogische.

René Michel, stellvertretender Landesvorsitzender des sächsischen Lehrerverbandes – eine Interessenvertretung für rund 10.000 Lehrer – sagt, die Bildungsinhalte bestimme das Land. Ein OB könne zwar Wünsche äußern, habe aber keinen Einfluss auf die Lerninhalte. Lochners Erklärung lasse viel Interpretationsspielraum zu, sie könne auch als Bevormundung und Einschüchterung von Lehrern gelesen werden. An sächsischen Schulen, so Michel, unterrichteten noch viele Lehrer aus DDR-Zeiten. Viele von ihnen wüssten sehr zu schätzen, dass es an Schulen längst einen freiheitlich-demokratischen Diskurs gebe und wollten sich dahingehend von niemandem bevormunden und belehren lassen. Michel selbst hält einen politischen Diskurs an Schulen für wichtig, weil sich Schüler nur dadurch eine eigene Meinung bilden könnten.

Andererseits könne die Erklärung des OB auch als ein Angebot zu einer generellen Debatte über das Thema verstanden werden, die verdeutlichen soll, dass man einander zuhört, auch wenn man gänzlich anderer Meinung ist. In dem Fall sei es vielleicht ein etwas unglücklich ausgedrückter Wunsch.